

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Alev Korun, Freundinnen und Freunde  
**betreffend Menschen schützen, legale Einreise ermöglichen**

eingebracht im Zuge der Debatte über die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Abs. 2 GOG-NR zur Asylsituation

## **BEGRÜNDUNG**

Der Tod von 71 Schutzsuchenden in einem LKW in Parndorf hat in uns allen großes Entsetzen ausgelöst. Tote Flüchtlinge im Mittelmeer, tote Asylsuchende in Kastenwagen und Transportern, Tote, die irgendwo am Landweg umgekommen sind – diese Schicksale wiederholen sich Monat für Monat, Jahr für Jahr. Täglich aufs Neue sehen wir, dass das bisherige Asyl-Flickwerk, und vor allem das Dublin-System, nicht funktioniert. Für Flüchtlinge gibt es keine legalen Wege nach Europa. Weder IrakerInnen, SyrerInnen, noch Menschen aus Krisenstaaten oder Kriegsgebieten dürfen legal in die EU einreisen, um Asyl anzusuchen. Schlepper sind das Symptom eines kranken europäischen Asylsystems, das Flüchtlinge an den Außengrenzen bekämpft und nicht legal einreisen lässt.

Um von sinnloser Symptompolitik endlich zu einer sachorientierten Problemlösung zu kommen, braucht es die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende: Die Wiedereinführung der Asylantragstellung bei Botschaften. Das macht es Schutzsuchenden möglich nach einer Kurz-Überprüfung ihrer Asylantragsgründe legal mit einem Visum in die EU bzw. Österreich einzureisen. Nur legale Fluchtmöglichkeiten werden Tode im Mittelmeer und in überfüllten LKWs auf Dauer verhindern können und damit auch der Schlepperei den Boden entziehen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

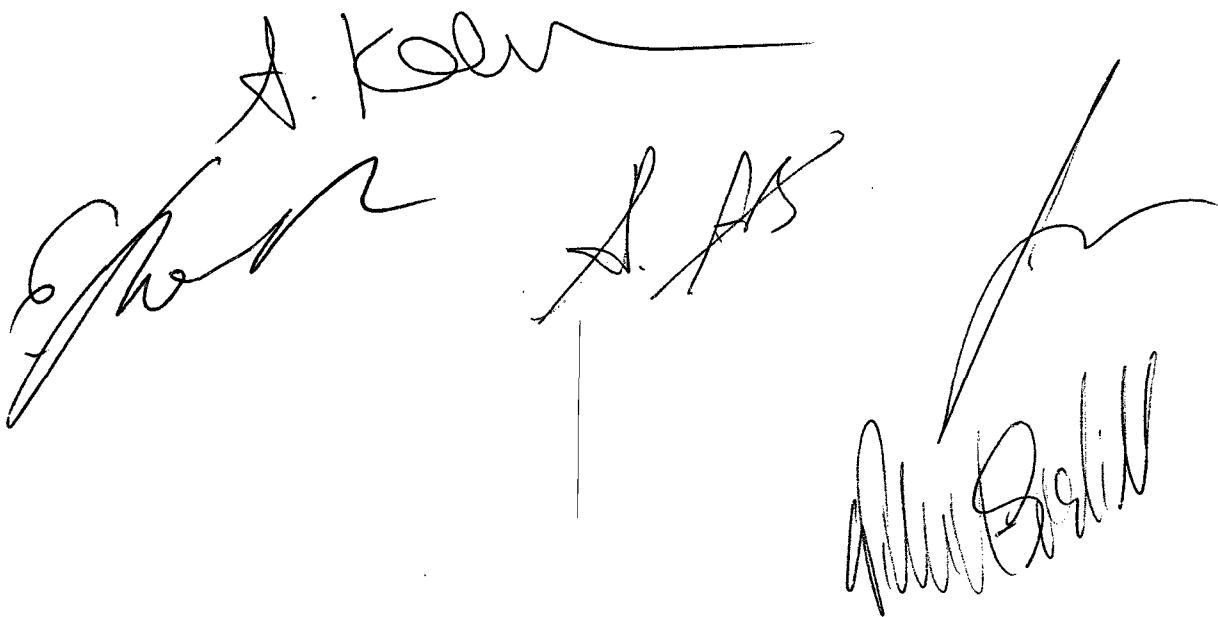
# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. eine legale Einreise für Asylsuchende, insbesondere durch Wiedereinführung von Asylantragstellungen bei österreichischen Botschaften, zu ermöglichen und sich für die Einführung dieses Modells auf EU-Ebene einzusetzen,

2. sich statt des unsolidarischen, ungerechten und nicht funktionierenden „Dublin-Systems“ für solidarische und fixe Aufnahmekoten für alle EU-Länder einzusetzen,
3. sich aktiv für die Schaffung sicherer Schutzkorridore und Fluchtwege über das Mittelmeer im Rahmen eines EU-Einsatzes einzusetzen, der gemeinsam aus EU Geldern gezahlt wird,
4. sich auf EU Ebene für solidarische - finanzielle und organisatorische - Unterstützung jener Häfen und Länder einzusetzen, in denen diese Schutzsuchenden zuerst in der EU ankommen.“



The image shows four handwritten signatures in black ink. From left to right: 1. 'J. Kollar' - a signature with a stylized 'J' and 'Kollar'. 2. 'G. Kollar' - a signature with a stylized 'G' and 'Kollar'. 3. 'A. Habs' - a signature with a stylized 'A' and 'Habs'. 4. 'M. Bögl' - a signature with a stylized 'M' and 'Bögl'.

